

Lohndialog ist gescheitert

Nur rund 40 Firmen liessen sich freiwillig auf Lohngleichheit überprüfen. Nun ist Justizministerin Sommaruga gefordert.

Anja Burri

Der Lohngleichheitsdialog ist gescheitert. Das Kompromissprojekt der Arbeitgeber, Gewerkschaften und des Bundes hätte für eine gerechtere Lohnverteilung zwischen Männern und Frauen sorgen sollen. Nun wird es nach fünf Jahren eingestellt. Dies beschloss die Trägerschaft gestern an ihrer Sitzung. Auf die Option, das Projekt bis 2016 zu verlängern, werde verzichtet, bestätigten mehrere Sitzungsteilnehmer.

Seit über 30 Jahren verpflichtet die Verfassung die Arbeitgeber, ihren Angestellten für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn zu bezahlen. Trotzdem verdienen Frauen im Durchschnitt deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Das konnten auch die vielen politischen Debatten, Protestaktionen und Vor-

stösse im Parlament nicht ändern. Der Lohngleichheitsdialog war ein neuer Ansatz: Seit März 2009 konnten sich die Unternehmen freiwillig darauf einlassen. In einer schriftlichen Vereinbarung mit einer Gewerkschaft erklärten sie sich bereit, ihr Lohnsystem auf allfällige Geschlechterdiskriminierungen zu überprüfen. Das Instrument zur Überprüfung stellte der Bund zur Verfügung. In fünf Jahren wollte man mindestens 100 Unternehmen für den Lohngleichheitsdialog gewinnen. Dies ist misslungen: Nur rund 40 Unternehmen machten mit. Für viele sei das Instrument der falsche Weg gewesen, sagt Roland Müller, Direktor des Arbeitgeberverbandes. Was er nicht sagen will, aber angefragte Unternehmer durchblicken lassen: Sie befürchteten, dass die Gewerkschaften Einblick in die interne Lohnstruktur erhalten. Auch hätte es ihnen widerstrebt, allfällige Lösungen mit den Gewerkschaftsfunktionären zu besprechen.

Politik muss nachhelfen

Wie es nun weitergehen könnte, tönte Justizministerin Simonetta Somma-

ruga kürzlich in einer Rede am Frauenkongress des Gewerkschaftsbundes an: «Wenn es die Wirtschaft alleine nicht schafft, dann muss die Politik nachhelfen», sagte die Sozialdemokratin. Nun hat sie bis zum nächsten Sommer Zeit, sich Gedanken zu machen. Bis dann soll das Projekt Lohngleichheitsdialog ausgewertet sein. Gestützt auf diese Evaluation und zwei Studien wolle Sommaruga danach Vorschläge ausarbeiten, heisst es aus dem Umfeld der Justizministerin. Gut möglich, dass sich Sommaruga von ausländischen Gesetzen inspirieren lässt: Eine der beiden Studien, die voraussichtlich Mitte Dezember dem Bundesrat präsentiert werden, vergleicht die «Durchsetzungsinstrumente» von rund einem Dutzend Staaten.

Eine Gesetzeslösung wäre nach dem Geschmack der Linken. Nach dem «viel zu wenig wirksamen Lohngleichheitsdialog» brauche es «griffige Massnahmen», sagt Paul Rechsteiner, Präsident des Gewerkschaftsbundes und SP-Ständerat. Der Ball liege nun bei Sommaruga. Aktiv werden dürften bald auch

wieder die Parlamentarier: Mit dem Ende des Lohngleichheitsdialogs fällt das vereinbarte Moratorium für Gesetzesvorstösse im Parlament. SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen will bereits im März eine Motion einreichen, die verlangt, dass die Lohngleichheit bis 2020 erreicht werden muss. Ob die Mitteparteien solchen linken Vorstössen zum Durchbruch verhelfen werden, bleibt auch nach dem Ende des Lohngleichheitsdialogs höchst fraglich. Man sei gegen eine staatliche Einmischung in die Lohnpolitik, sagte unlängst CVP-Präsident Christophe Darbellay. Auch die Arbeitgeber pochen auf freiwillige Massnahmen. «Der gesetzliche Weg à la Lohnpolizei bringt nichts», sagt Müller.

Mit Unterstützung des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung (EBG) sollen die freiwilligen Bemühungen um Lohngleichheit denn auch fortgeführt werden. So stehen den Unternehmen weiterhin verschiedene Werkzeuge wie Lohnrechner zur Verfügung. Arbeitgeberdirektor Müller schlägt vor, dass taugliche Modelle vom EBG «zertifiziert» werden könnten.